

# Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Ergebnis wöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis vierfachjährlich durch die Post 2.40 Mark — Ein Wochenvorstandsmitglied wird die Zeitung unter Kreuzband nicht vorfinden. — Eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 752.

Schriftleitung und Verlagsstelle:  
Leipzig  
Gebertstraße 1, IV., Diktoriahotel  
Telephon 7700.

Seitung des Blattes: Montags, mittags 12 Uhr. — Auszugsgebühre für die dreieckige Kleinzeitung 2.— M.

Auszüge werden nur bei vorheriger Einladung der Kosten aufgenommen.

Mr. 34.

Sonnabend, den 21. August 1920.

24. Jahrgang

## Lohnbewegungen.

**Gehört sind:** Die Firmen H. Grau und Sohn, Schumann in Oberhessen, Marmorbetrieb Matthes, Demitz, Firma Reis in Neustadt, Brandenburg; Firma C. J. Seeger, Grünberg (Werksstadt Bisch), Brandenburg; Firma in Baden (samtliche Betriebe nach der Umwandlung). Marmorgeschäft Friedr. Müller in Berlin.

### Streit:

In Essa, Boden, Geseke, Neustadt a. R. (Firma Wollmüller). Zuständigkeit.

**Berlin.** Die Kollegen der Bau- und Grabsteinbranche sind nun durch das provvisorische Verhalten der Arbeitgeber doch gezwungen worden den Kampf gegen den Abbau der Löhne einzunehmen. Es folgte eine Abzug von 1 Mark pro Stunde ab 12. August einstellen. Es kommen 260 Mitglieder in Frage. Außerdem stehen 116 Marmorarbeiter bei der Firma Rosine und Gottschalk im Streit.

**Mauersteinkauf, Mittelsachsen.** Wegen Lohnfeststellungen von soge und höhere 2— bis 2.40 M. pro Stunde für Brecher und Steinmeier durch den Schlichtungsausschuss in Erlangen, kerten die Unternehmer 17 Kollegen aus. Die bisherige billige Entlohnung war ja auch ein zuwertiges Werk der Unternehmer.

**Angland.** In Holland und seit 28. Juni die Bauarbeiter und Steinarbeiter ausgesetzt. Von letzteren kommen ca. 1800 Steinmeier und Schleifer in Frage. Die Unternehmer versuchen in Deutschland Arbeitskräfte unter allen möglichen Versprechungen zu werben. Arbeitsangebote müssen selbstverständlich abgelehnt werden.

### Zugang ist fernzuhalten:

auf den bereits genannten Orten (Spree und Elbe) nach Stuttgart, Duisburg, Großhesselohe (die Firmen Hüttich und Eitig), Worms, Lübeck, Coblenz, Bremen (Grausteingeschäfte).

**Bezirksrat für S.-W.-Sachsen.** (Schotter und Pfosten.) Der Vorsitzende der Arbeitgeber teilte der Gauleitung mit, daß infolge des schlechten Geschäftsgangs abgelehnt wird über neue Lohnforderungen zu verhandeln.

**Halle.** Die Arbeitgeber drohen mit Entlassungen, wenn die Kollegen nicht möglich nehmen von den 7 Prozent Aufschlag, die nach Vereinbarung auf den Maurerlohn für Steinmeier zu zahlen sind. Auch einer Arbeitszeitverkürzung im Interesse der Wettbewerbssicherung stehen sie ablehnend gegenüber.

**Elbes.** Die hiesigen Arbeitgeber weigern sich, die getroffene Verbindung, der automatischen Anpassung an die Maurerlöhne mit entsprechendem Aufschlag, einzuhören.

### Erlidigte Bewegung:

**Schiff- und Sandsteingeschäft Ellmann, Zell und Steigerwald.** Ab 6. August erhalten die Steinarbeiter der Kleinschleifsteinfabrikation bis zu 150 Centimeter Durchmesser 10 Prozent, und die der Großschleifsteinfabrikation über 150 Centimeter Durchmesser, 20 Prozent Tenuenzulage mehr, somit 140 und 150 Prozent auf die tariflichen Lohnsätze vom 1. September 1919. Diese Vereinbarung kam vor dem Schlichtungsausschuss Schweinfurt zu stande.

**Mühlhausen i. Th.** Nach den leichten Wohnungsbauten beträgt der Stundenlohn für Steinmeier 5.25 M., für Boffler, Schlosser, Altkörberer kommt bei harter Arbeit 535 Prozent, bei geschäftiger Arbeit 560 Prozent.

**Weißburg-Rositz.** In der Lohnstreitigkeit fällt der Chemiker Schlichtungsausschuss folgenden in der Begründung beweisen:

„Die beiden Beschwerdegegner sind verpflichtet, den bei ihnen beschäftigten Arbeitnehmern vom 1. August 1920 auf die zur Zeit bezahlten Löhne einen Leuerungszuschlag von 50 Pf. für die Stunde und vom 1. September 1920 einen weiteren Zuschlag von 25 Pf. für die Stunde zu gewähren.“

Wird im Allford gearbeitet, so sind die Allfordlöhne so anzusehen, daß ein Allfordarbeiter bei durchschnittlicher Leistungsfähigkeit einen Stundendienst erzielt, der 20 Prozent höher ist, als die festgesetzten Zeitsätze.“

**Gründe:** Die zur Zeit bezahlten Löhne sind niedriger als die in Rositz festgehalten, so erhalten Tischler 5.75 M., Schuhmacher 4.40 M., Straßenbahner 4.20 M. Eine Erhöhung wie im Sprung niedergelegt, erlaubt daher gerechtfertigt. Der schlechte Geschäftsgang bei der Beschwerdegegenseite ist kein Grund, die Löhne nicht auf das allgemeine Niveau einigermaßen heranzuschieben. Sie wollen sich keinen Machtwort darüber erklären, ob Sie sich diesem Schiedsspruch unterwerfen.“

## Zur Beurteilung der Wirtschaftslage.

Als die deutsche Reichsmark an einigen Haupthandelsplätzen der Welt auf kaum 5 Pf. stand, da wurde in allen Tönen über den Niedergang des Wertes des deutschen Geldes gesagt. Je mehr um so mehr aber stieg die Ausfuhrmöglichkeit. Anfang April dieses Jahres schlug die Entwicklung um: Der Wert des deutschen Geldes stieg, die Einführungsmöglichkeiten wuchsen, die Ausfuhrmöglichkeiten liehen nach. Solange der Wert des deutschen Geldes nicht beständiger wird, muß die deutsche Volkswirtschaft auf solche Schwankungen gejagt sein: Steigt der Wert des Geldes, dann gewinnen zunächst die leichten Käufer oder die reinen Verbraucher — diese Gruppen können einzweilen nun mehr Güter für ihr Geld kaufen. Umgekehrt: Sinkt das Geld im Wert, dann verlieren die Gläubiger, die reinen Verbraucher, die Rentiers, und die Warenlieferer, die Verkäufer, gewinnen.

Dieser Wechsel ist wirtschaftlich vom Nebel, denn er läßt eine rechte Ordnung austrommen, dadurch entsteht viel Angst und Unsicherheit im Inland und im Ausland. Angestraute Beziehungen werden unterbrochen, Abnehmer und Verkäufer gehen auseinander, das Geschäft steht. Neue Abnehmer müssen gesucht werden, und das ist mit Zeitverlust und neuen Auslagen verbunden. Die Sache ist so: Sint der Wert des Geldes, dann steigt die Ausfuhr, aber wegen die Waren für das Inland teurer, der Auslands-

verbrauch lädt daher nach. Soll der Inlandsverbrauch nicht nachlassen, dann müssen die Einkommen steigen. Lohn- und Gehalts erhöhung sind deshalb die Folgen der Geldentwertung. Aber nicht alle Schichten des Volkes können ihr Einkommen erhöhen. Die Rentiers, die Feuerwehrsoldaten, die streien Berufe werden außerst hart von der Geldentwertung betroffen. Gehen alle die, die nicht in der Lage sind, ihr Einkommen oder ihre Bezüge dem steigenden Wert des Geldes anzupassen. Von der allergrößten Bedeutung ist, daß der Staat auf diesen wechselnden unklaren Verhältnissen keine aussichtigen und ordentlichen Steuern aufzubauen kann. Eine Volkswirtschaft, die durch den Wert des Geldes so hin und her gesetzt wird, ist nicht leistungsfähig. Der Staat kann wohl Steuern ausschreiben, er kann alles und jedes mit Steuern belegen. Inwiefern er aber die Steuern hineinbekommt, das ist eine andere Frage. Er kann nämlich nicht alles megnnehmen, ein gewisses Etwas braucht der Mensch zum Leben. Kurz: Steuern der Staat zuviel weg, dann vernichtet er die Grundlagen der Wirtschaftlichkeit. So entzieht er sich selber den Boden, auf dem er in Zukunft seinen Bedarf decken kann.

In dieser Lage befindet sich gegenwärtig Deutschland. Die Einkommen unserer Volkangehörigen reichen nicht aus, so viel aus ihnen zu schöpfen, daß der Staat damit seine Aufgaben erfüllen kann. In einem solchen Falle kann der Staat inländisches oder ausländisches Geld aufnehmen, er kann auf Kredit laufen oder seine Notenpreise anheben lassen. In der letzten Zeit hat er ausländische Kredite angenommen und daneben seine Notenpreise gehoben in Tätigkeit gesetzt. Alle Welt hat Abscheu vor dieser Tätigkeit, sie verschlechtert das Geld und trägt so zu den Schwierigkeiten bei, von denen hier die Rede war und ihrem verderblichen Einfluß, und doch hat der Staat im Augenblick keine andere Möglichkeit, sich zahlungsfähig zu halten. Was ihm seine Angehörigen nicht an Steuern geben können oder geben wollen, das nimmt er hauptsächlich in eigener Macht selber, indem er neues Geld drückt. Damit überlistet der Staat (manche sagen: er betrügt) seine Steuerzahler. Für das, was er von ihnen bekommt, verzögert oder verschlechtert er ihr Geld, das sie im Besitz haben. Wenn alle Steuerzahler gleichzeitig davon betroffen würden, dann wäre die Sache nicht ganz so schlimm, es aber werden die Geldbesitzer zunächst ganz einseitig betroffen, ebenso die Gehalts- und Lohnempfänger, ebenso die freien Berufe, die von ihrer Hände Arbeit leben. Allerdings, alle diese haben das Bestreben, die Wirkungen des verschleierten Geldes wieder abzuwenden. Nur die reinen Geldbesitzer, die Rentiers, können es nicht. Die Festesoldaten können nur in größeren Zwischenräumen diese Wirkungen abzuschütteln suchen.

Ungeheuer sind die Mengen des umlaufenden Geldes. Im Juni 1914 ging Deutschland mit etwa 2½ Milliarden an. Ende Mai 1920 waren es etwa 50 Milliarden Marknoten und über 15 Milliarden Reichs- und Darlehnsklassenreihne. In welcher Maße die Geldvermehrung vor sich geht, dafür nur diese Angaben: Von 15. April 1920 bis 15. Mai 1920 stiegen die umlaufenden Noten von 45.78 auf 48.05 Milliarden, die Kassenscheine von 14.38 auf 15.65 Milliarden Mark. Anfang Juni waren über 60 Milliarden Papiergeleiste ausgegeben. Hier ist der Eis des Ueberbaus neben den falschen wirtschaftlichen Maßnahmen. Von da muß die Besserung ausgehen. Solange der Staat sein Geldvorrat nicht in Erordnung bringt oder bringen kann, solange er seine Einnahmen nicht aus dem Einkommen seiner Angehörigen zieht oder ziehen kann, solange kann sich das deutsche Wirtschaftsleben nicht erholen oder bessern, solange wird der Wert des Geldes abwärtsgehen, auch wenn es gelegentlich wieder steigt. Die Stütze des Papiergeleistes drückt abwärts, darüber darf man sich nicht täuschen.

Nach dem heutigen Stand des Wertes des deutschen Geldes wird die Mark im Auslande höher bewertet, als sie ihrem tatsächlichen Wert entspricht. Als sie auf 4 und 6 Pfennig im Auslande bewertet wurde, war ihr Preis zu niedrig. Und es war für den voraussehenden Kostewirt nicht schwer, ihren baldigen Aufstieg vorherzusagen. Hätten sich die Geschäftsmänner damals etwas mehr in die Sache hineingezacht, dann wären sie vor manchem Verlust bewahrt geblieben. Sie hätten dann im Einkauf vom Ausland etwas zurückgehalten. Hebt sie jetzt der umgekehrte Fehler gemacht zu werden. Bei günstigem Stand des deutschen Geldes wird gezeigt, zugewandert, weil noch teure Waren am Lager sind. Da die Marknotendrucke aber immer weiter neuem Papiergeleiste in den Verkehr wirkt, muß dies wohl oder übel geldverwässert wirken, auch dies wohl oder übel wird eines Tages darauf mit geringeren Kurien antworten. Damit würde alles das eintreten, was hier bereits hervorgehoben wurde: Bessere Ausfuhrmöglichkeiten, Einkauf des Verbrauchs im Auslande, Lohn- und Gehaltssteigerungen, Umladungen, Abwälzungen, Verschiebungen der Vermögen und Vermögenswerte.

Einfürger hat sich die Reichsregierung aus diesen Vorgängen gemacht. Sie möchte allzu großen Schwankungen vorbeugen. Will der Staatssekretär im Reichswirtschaftsamt, Professor Hirsch, bei einer Beratung über die Geschäftsförderung ausführen, könne eine Festigung der Mark (Geldwert) dadurch herbeigeführt werden, daß die Reichsbank in Verbindung mit den Devisenabstimmungsstellen (Bevölkerungen von fremden Geldsorten oder Geldwerten) erheblich Vermögen an Reserven (Reichspfunder, wie es meint) aufzumischen und mit ihrer Hilfe ausgleichend und regelnd auf den Wert des Geldes (Siegen oder fallen) einwirkt. Die dafür gesetzte Organisation soll ausgebaut werden und je nach Bedarf den Schwankungen nach oben oder nach unten glättend eingreifen.

Willigt man dieses Verfahren in Aussicht, dann kann man sagen, daß so wohl den großen Schwankungen vorbeugezt werden kann, also vor allem den so schwer empfundenen raschen Wertveränderungen. Aber das Grundziel: die Marknotenverminderung, die Geldverwässerung ist damit nicht behoben. Die amtlichen Stellen könnten den Eis dieses Uebels. Der Reichsmarkminister ist schon vor längerer Zeit davon, daß der Marknotenpreis ein Ultimatum gezeigt werden müsse. Aber wer ist bereit, so muß man herausfinden, man muß auch den Nutzen haben, es aus der Welt zu schaffen. Dazu gehört allerdings auch die Einsicht in die richtigen und zweckmäßigen Mittel, die das Uebel wirklich besiegen können. Da muß vor allem der unschöne Friedensvertrag als Haubekleidung genannt werden. Gerade das Aufland, das Leistungen von Deutschland herstellt, sollte seines eigenen Vorteils wegen dafür eintreten und mit dafür sorgen, daß die Kosten der Leistungsfähigkeit angehoben werden und daß endlich einmal reiner Eisig damit gemacht wird. Geschieht dies, dann ist für die Kriegsgegner die beständige Ausfuhr vorhanden, das Festgezeigte zu erhalten. Deutschland wird

dann, woran es ist. Es kann in diesem Falle gründlich und zweckmäßig aufbauen und seine Gläubiger nach und nach bezahlen. Diese Tage mündet in die der Hebung der Güterherstellung aus. Und wenn es auch manchem verhaftet ist, etwas vor der Verfestigung der gesamten Arbeitsteilungen (der Kopf- und Handarbeiter, Verarbeitung der Betriebsstätten, der Verwaltung usw. der Industriorganisations) zu hören, so muß sie doch immer wieder gefordert und im richtigen Zusammenhang vorgetragen werden, denn ein anderes durchschlagendes Mittel, aus dem Gedanken herauszufinden, gibt es nicht. Der Wert des Geldes kann nur dadurch erhöht und gesetzigt werden. Nur dadurch kann der Staat ausreichende Mittel zur Erfüllung seiner Aufgaben erhalten; nur dadurch können die einzelnen Haushalte kann sie jetzt gemacht werden. Das zum Wohl des Staates und seiner Glieder ist, muß eben so lange wiederholt werden, bis es erreicht, und was zu feinen Schaden ist, muß so lange gebraucht werden, bis der Brandstiel ausgelöscht ist.

Bei der Erklärung der Ursachen des Siegens und Fallens des Wertes des deutschen Geldes kommt immer dann ein gewisses Etwas zum Vortheile, wenn man nichts Neues zu sagen weiß, aber doch gern etwas sagen möchte. Das ist die Weltwirtschaftslage, die Spekulation. Das, sie beim Siegen und Fallen im Weltmarkt, wird kein des Geldwerts standig bestehen; aber wenn nichts Neues gesagt werden kann, ist Herzlos wenig damit anzufangen. Und gerade darauf kommt es besonders an: Wer treibt oder drückt, und mit welchen Brägen wird getrieben oder gedrückt? Welche Bankgruppen, welche Länder, welche Parteien führen und welche Warenausführer beteiligen sich daran und mit welchen Brägen? Welches Ziel erreichst die Spekulation, das ist das, was der heimische Wirtschaftspolitiker und Wirtschaftsführer wissen sollte. Die Spekulation spielt eine Rolle, aber nicht die, die oft angenommen wird. Letzten Endes bestimmt doch die Zahlenspitzen (Ein- und Ausfuhr und Einnahmen und Ausgaben anderer Art) weiter Länder, die Höhe des Geldwertes des einen oder anderen Landes. Auseinandersetzung für den Wert des Geldes eines Landes ist seine Leistungsfähigkeit und seine Leistungshöhe im gesamten. Die Leistungshöhe übertrifft die falschen Spekulationen unweigerlich. Sie schafft den wahren Stand der Dinge, nicht die Spekulation.

Noch eins: der Volkswirt würde seine Aufgabe falsch ausspielen, wenn er den heimischen Geschäftsmännern sagen würde: Genau so und so habt ihr es zu machen, dann wird alles gut werden. Hört er sein Amt richtig auf, dann fragt er zu Hause nach erklären, dem Raum des praktischen Handels zu zeigen. Zusammensetzung, die er nicht kennt, oder die ihm entgangen sind. Kurz: er muß Verriet und Ergänzt sein wollen. Das Handeln und die Verantwortung muß dem Praktiker überlassen bleiben. Anregungen zu Verbesserungen und Neuerungen gibt der Wirtschaftsführer dem zum Handeln Bereiten. Diese Anregung aber muß der Gewerkschaft, der Arbeitsschule, der Leiter des einzelnen Unternehmens durchsetzen, sie auf ihre Anwendung und praktische Verwertbarkeit hin prüfen und nötigenfalls selber mit neuen Vorschlägen heranzutreten. Nach dem Spruch sollen alle unsere Parteidienste handeln: Indem man lernt, lernt man, und wer etwas gelernt, verstanden und Neues dazu gefunden hat, der soll lehren.

(Oberschl. Gew.-Bl.)

## Steinindustrie und zwei Bekanntmachungen.

In den Fachzeitungen der Steinindustrie machen einige Bekanntmachungen des Reichsverbandes der Deutschen Steinindustrie (Arbeitsgeber) die Runde, von denen wir unseren Kollegen doch Kenntnis geben möchten; denn diese Bekanntmachungen berühren das uns so nahe liegende Rohrgeschäft und die damit zusammenhängende Preisgestaltung fertiger Waren. Soviel zum leichten in Frage steht, wird gesagt, daß zur Zeit ein entschieden Missstand der Abnahmehöchstgrenzen besteht, diese Tatsache aber nicht Verantwaltung sein darf, durch niedrige Preisstellung nach die Vorräte abzustocken. Dadurch würde der Absatz nicht gefordert, noch viel weniger die Möglichkeit gegeben, die leibige Rohrhöhe für Angesteller und Arbeiter aufrechtzuhalten. Es soll so lange an den durch die Verantwortung und Rechenschaft übertragenen Waren zu rüfen und nötigenfalls selber wieder mit neuen Vorschlägen heranzutreten. Nach dem Spruch sollen alle unsere Parteidienste handeln: Indem man lernt, lernt man, und wer etwas gelernt, verstanden und Neues dazu gefunden hat, der soll lehren.

Dieses Programm, wenn man es so nennen will, steht das Beginnen der Berliner Arbeitsschule und auch anderer für sie entgegen, die bekanntlich durch Rohrgußbau in der weiterverarbeitenden Steinindustrie die Preisgestaltung beeinflussen wollen. Stattdessen die Arbeitsschule versuchen, außer auf andere Märkte in der Preisbildung einzudringen, vergessen sie mit dem Absatz an der Stelle zu beginnen, die durch die allgemeine Preisbildung zu allen und dann nur nördlich nach hochgearbeitet hat. Nicht soll auf einmal diese lebte Stelle, die hintergezogen kam, beim Absatz zuerst beginnen. Die alte Wissensübertragung des Unternehmensbervereinigung steht, wie gesagt, mit dem Handel einzeln ihrer Mitglieder oder ihrer Betriebsorganisationen im Widerspruch. Stattdessen das Angehörige ihres Vertrages, kann nicht von ihren eigenen Vertretern beigebracht werden, dann müssen es eben unsere Kollegen mit Hilfe ihrer Organisation. Das läuft in der Tat das Gehebe vom Preisabfallen hinunter, wenn etwa Warenpreise, Löhne und Gehälter im gleichen Maße fallen sollte. Dann wird wieder die Kaufkraft gehoben, sondern der jetzt geistige bleibt, ohne die wirtschaftliche Not.

Heute 20. August fordern wir auf, daß die Wissensübertragung folgt, und sie just jetzt an einer Grenzlinie ansetzt, welche die Arbeitsfähigkeit der einzelnen Betriebsteile schützt. Es besteht ja in der Wissensübertragung die Notwendigkeit, die Kollektivität der Arbeitsfähigkeit in Funktion zu bringen. Und die heutige Marktlage im Ausland ist vollständig anders als im Innern. Die Konkurrenz im Ausland ist ähnlich wie im Innern. Wenn man andere Betriebe in der Welt so leicht legen kann, die Auflage nicht mehr geschäftigt durch die neuen auf unsere Steinindustrie in angesetzten

Wettbewerber, dann muß auch den Nutzen haben, es aus der Welt zu schaffen. Dazu gehört allerdings auch die Einsicht in die richtigen und zweckmäßigen Mittel, die das Uebel wirklich besiegen können. Da muß vor allem der unschöne Friedensvertrag als Haubekleidung genannt werden. Gerade das Aufland, das Leistungen von Deutschland herstellt, sollte seines eigenen Vorteils wegen dafür eintreten und mit dafür sorgen, daß die Kosten der Leistungsfähigkeit angehoben werden und daß endlich einmal reiner Eisig damit gemacht wird. Geschieht dies, dann ist für die Kriegsgegner die beständige Ausfuhr vorhanden, das Festgezeigte zu erhalten. Deutschland wird



# **Der Reichswirtschaftsrat gegen den Sozialismus.**

Der Reichskanzler hat bekanntlich in seiner ersten Erklärung dieser Sitzung erfüllt, der auf die wissenschaftlichen und praktischen Erörterungen hinzuweist, welche mit der unbewegten Schließung vom Betrieb und der Verhinderung der Produktion verbunden sind, einen Ausdruck übertragen. Da einem Unternehmen, das aus Mitgliedern des jonalpolitischen und des wirtschaftlichen Mittelpfades des Reichsministeriums gekennzeichnet ist, werden die hier in Betracht kommenden Momente einer sehr gründlichen Überprüfung unterzogen. Wie wir erfahren, hat dieser Unter-  
sitzung keine Beratungen zu einem vorläufigen Abschluß gebracht, sondern es eine größere Zahl von Jahrzehntigen Unternehmern und Nobiliten aus den verschiedensten Gewerben gehört hat.

Der Unteranschlag, dem neben belasteten Arbeiterschaften auch normative Bezieher der großen Unternehmerverände angehören, ist zu keinem Gegebrütt gekommen, daß ein Rahmenkonkordat unverzichtbare Mittel wäre, um die bestehende Wirtschaftskrise zu beenden. Diese hat ihre Ursache in der Untercloufumtion der breiten Massen, die darauf zurückzuführen ist, daß die Warenpreise eine Steigerung erfochten haben, die weit über die Kaufkraft weiterer Betriebe hinausgeht. Ein Rahmenkonkordat würde dieses Übel nicht beheben, sondern nur noch verschämmern. Es müssen also andere Wege gesucht werden, und der Unteranschlag erblidet diese in einer Senkung der Warenpreise, die für herbeiführten läßt durch eine Verbesserung der Produktionsmethoden und einer Verstärkung der Stoffprodukte und der Produktions- und Handelsgewinne. Der Unteranschlag hat sich nicht auf diese allgemeinen Gedankengänge beßchränkt, sondern er hat sie er geschürft, und er macht praktische Versuchungen zur Vermittelung seiner Unteranschlägen.

Von den Vertretern der Arbeiter ist bisher schon immer wieder darauf hingewiesen worden, daß dies der Weg sei, um aus der herrschenden Krise herauszukommen. Die Gewerkschaften muteten es energisch gegen kurzfristige Unternehmer und deren Organisationen zur Wehr, die alles Heil in dem Abbau der Löhne zu erblicken glaubten. Die Bedeutung der Stellungnahme des Reichswirtschaftsrats (es besteht nämlich kein Grund, daran zweifeln, daß dessen Votum den Beschlüssen des Unterausschusses beitreten wird) liegt darin, daß die herausragendsten Führer der Industriellen, die vielberatenen Kapitäne der Industrie, der am bedeuteten Ausschaffung beteiligten sind und ihr Votum gegen den Abbau der Löhne abgegeben haben. In dem Kampfe gegen kurzfristige Unternehmer, die in dem schlechten Geschäftsgang die beste Gelegenheit erblicken, die Löhne der Arbeiter zu drücken, wird nun die Entscheidung des Reichswirtschaftsrats als vor treffliche Waffe dienen.

Zunächst handelt es sich freilich nur um eine moralische Unter-  
stützung, die wir von dieser Seite finden. Aber der Entschließun-  
gen des Reichswirtschaftsrats wird auch praktische Folge gegeben wer-  
den müssen. Der Reichswirtschaftsrat hat freilich keine gesetzge-  
benden Befugnisse, aber er ist dazu eingesetzt, den gesetzgebenden  
Gesetzgebern Anregungen in sozialpolitischer und wirtschaftspolitischer  
Hinsicht zu geben. Diese Anregungen haben um so größeres Ge-  
wicht, als es sich um die übereinstimmenden Ansichten der beruf-  
lichen Vertreter der Unternehmer und der Arbeiter handelt. Man  
darf deshalb hoffen, daß die Reichsregierung recht bald mit Ma-  
nahmen herauftrommt, die sich in der Richtung der vom Reichswirt-  
schaftsrat gegebenen Anregungen bewegen.

## 93. Sitzung.

Die Reiseroute des in Nr. 33 genannten Willi Dorigo immer noch nicht beendet, er sammelt noch wie vor Gelder ein, bei einzelne Kartelle und Zahlstellen es dem Schwindler sehr leicht machen. Das Kartell in Myslowitz (D.-S.) zahlte ihm 100.80 auf Zahlstelle Zittau 110.— M. Die Gewerkschaftskartelle von Rüstringen, Neudamm und Spremberg haben vom 5. 7. August 75.00 M., 84.— M. und 75.00 M. ausgezahlt. Sein Mitgliedsbuch soll ihn im Gewerkschaftskartell Waldeinsburg abgrenzen sein als Hinterlegung für die erhaltenen Unterstüzung. Zeigt er mit Bescheinigungen darüber, die auf der Schreibmaschine hergestellt sind, wie die Unterschrift auf diesen Bescheinigungen. Sie lautet den Namen Paul Behnann, unseres Kassierers in Frankfurt a. O. In Stettin und Brandenburg haben unsere Kollegen den sachen Gouverneur mit einem Knüppel vom Platz gejagt, allerdings vor den öffentlichen Bekanntmachungen. Hoffentlich ist diese gewichtliche Republikade bald zu Ende.

## Aus den Zahlstellen.

Zur Ferienfrage (§ 11 der R. A. B.). Wie den Kollegen in Erinnerung ist, hat die Verbandsleitung in Nr. 26 des Steinorters ihre Stellung zu diesem Paragraphen in kurzer klarer Weise zum Ausdruck gebracht. Leider sind die damals geführten Besprechungen eingetreten, indem ein großer Teil der Unternehmer sich weigerte unter Aufassung einzutreten, sich vielmehr auf den 1. Januar 1920 als Tag für die Ferienverlängerung versteifen. Durch dieses, dem unserer Vereinbarung widersprechende Verhalten, kommen leider eine Anzahl unserer Kollegen, die erst im Januar bis März 1919 von Heere entlassen wurden, um die ihnen zustehenden Erholungstage. Diese unsoziale Handlungswweise der einzelnen Unternehmer kann schließlich, so ist es um so bedauerlicher, daß sich der Reichsverband der deutschen Pfasterstein- und Schotterindustrie, trotz unserer einzigen Darlegung über den Sinn der früheren Vereinbarung auf denselben Standpunkt stellt. Einen geschickten Zug dürfte der Arbeitgeberverband mit seiner eingerolligen und einseitigen Auslegung allerdings nicht mehr haben. Auf alle Fälle verzerrt dieses aber, daß bei den gegenwärtigen, für uns ungünstigen Verhältnissen, sich die Unternehmer in Bestimmungen hinwegsehen, die nicht schwärz auf welch genauer gelegt sind. Sicher ist über diese Frage noch nicht das letzte Wort gesprochen, und bei späteren evtl. neuen Beratungen sind aus dem Gang die nötigen Lehren zu ziehen.

In seinem ablehnenden Schreiben vom 3. August beruft sich Arbeitgeberverband auf den Abschluß des Bezirkstatists für die hütung-deutsche Steinindustrie, der am 28. Juni 1920 zustande kam, in dem ausdrücklich vom Kalenderjahr die Rede ist. Bereits in der Nr. 26 vom 26. Juni haben wir unsere Stellung präzisiert und halten an dieser Ausschluß fest. Maßgebend ist auf alle Fälle eine Reichsvereinbarung und die Gründe, die den Bezirk veranlaßten, auf das Kalenderjahr einzulassen, können nicht alle übrigen Bezirke binden. Wo es hier nur um den Übergang handelt, der in kommenden Zeiten nicht so stark in Frage steht, konnte mehr Einsicht auf der andern Seite erwartet werden. Unsere Mitglieder werden von der Ablehnung notam nehmen.

**Wellmünster.** Eine Lehre hat hoffentlich die hiesige Firma Grob u. Schüren aus folgendem Vorkommnis gezogen: Sie entließ Kollegen Peter ohne Ründigung und ohne Verständigung mit dem Betriebsrat. Als Grund wurde angegeben: Grobe Beleidigung vorübergehende Einstellung. Meier behauptete das Gegenteil. Die Schlüpfungs-Ausstausch zu Limburg nahm nun einen andern Standpunkt ein, leherte wurde durch Schiedsspruch verurteilt, Meiers verjägte Zeit zu bezahlen und auch für den Betriebsrat sämliche Unkosten zu bezahlen, die ihm in der Vertretung M.s entstanden waren.

1. Anrufung des Arbeiter- oder Angestelltenrates durch den kroßheren Arbeitnehmer, innerhalb 5 Arbeitstage nach der Kündigung.
2. Unzufriedenheit von Verhandlungen durch die Arbeitnehmervertretung innerhalb weiterer 6 Arbeitstage.

**Beschlisse.** Der letzte Zeitpunkt der Verurteilung des Strafungsgerichtsausschusses ist die der 15 Arbeitstage nach der erledigten Strafverhandlung.

ist also der 10. Arbeitstag nach der erwogenen Ausübung.  
Wenn diese Fristen verstrichen sind, besteht auf Grund des § 80  
noch die Möglichkeit der Wiedereinsetzung in den vorherigen Stand. Diese  
muss innerhalb zweier Wochen, spätestens jedoch innerhalb eines Monats  
vom Ende der verstrichenen Frist an gedenkt, beantragt werden.

Wird auch diese Frist verstrichen, so besteht keine Möglichkeit mehr auf Grund des B. R. G. etwas zu unternehmen.

**Die und Beiräte** hampen. Was es mit dem Gerebe auf sich hat, doch läßtlich  
durchweg billiger kaufen können als die Stadt.

bewohnter, zeigt uns folgender Vorgang. Zeit vom 7. August entnehmen. Um den wir der „Bot.“ über Sonnabend, dem 4. August

demonstrierten 400 Steinarbeiter gegen Steuerabzug und Teuerung. Ein gewohnter Demonstrationszug bewegte sich in imposantem Aufmarsch durch die Straßen zu den einzelnen Unternehmen, von denen die Arbeiterschaft die Herausbezahlung des Steuerabzuges für die Zeit vom 25. Juli bis 1. August verlangte. Die Unternehmer erfüllten

vom 20. Juni bis 1. August vertriebene, die unverhohlen erfüllte durchwegs das an sie gestellte Verlangen. Zu gleicher Zeit demonstrierten die Arbeiter wagen des in Hauzenberg üblichen Buchers und Schlechthandels. Der Demonstrationszug bewegte sich vorerst zur Gemeindemündung der Fron Michl, die aufgefordert wurde, ihre unveränderten Bucherprefise (Kartoffel das Stück 1.20 R., Gurken pro Stück 3 bis 5 R., 2 kleine Kartoffeln 1 R. usw.) sofort herabzulegen.

welchem Verlangen die Genesene auch nachkam. Der Zug bewegte sich weiter zur Buchhandlung Freytag & Kühn, der Birnen zu 1.20 M. pro Pfund verkaufte, weiter zur Fräulein Franziska Bauer (Hosfeld), die pro Pfund Wehl 4.50 M., für ein 40 Gramm schweres Bechirat 50 Pfennig nahm. Auch der Erbauer der Edort wurde nicht vergessen, der fünf Jahre lang ohne jedwede Arbeit und ohne jedes Einkommen stand, durch seine guten Geschäfte aber heute auf 50 000 M. gekauft wird. Da Edort auf dem Lande Getreide-Einfüllung besorgte, so haben nicht zu Genüge erwartet, die Demonstranten eine Kommission

John nicht zu Hause war, wählten die Demokraten eine Kommission, die den Erzherzog am Sonntag in der Wohnung aufsuchte. Von der Kommission zur Rede gestellt, leugnete Edart vorerst seine Ansprüche. Als ihm aber Beweise erbracht wurden, gab er alles zu, bot um Vergebung und erschütte, in Zukunft nicht mehr hemmern zu wollen. Edart gab auch zu, daß er beim Zentner Getreide 50 M. Gewinn erzielt und dem Stott in Pfaffenreut gefiebert habe. Nachdem bekannt worden war, daß Edart einen Unterkunftsraum für seine Schiebergäste bei Franz Heindl eingerichtet habe, wurde die Kommission selbst vorstellig. Frau Heindl erklärte, daß Edart jetzt nichts mehr dar habe, und daß er auch das bei Heindl erbezahlte Geld vor 14 Tagen weggenommen habe. Frau Heindl ist weiter, daß ihr Edart am letzten Freitag einen Zentner Korn zum Preis von 160 M. angeboten habe. Edart gestand auch, daß er Korn von den gottesfürchtigen Beuern Hirich, Gödl und Urmann in Hunnaberg um den Preis von 132 bis 150 M. pro Zentner gekauft habe. Noch dieselben Gefährdeten wurde Edart in Hemd und Hose auf die Straße gefagt und vor der überwälzenden Volksmenge als Lebensmittelräuber an den Prang gestellt. — Um den haarkrüppelnden Zuständen in Hanzenberg und Umgebung ein für allemal ein Ende zu bereiten, hat die Arbeitskraft bekleidet, energisch einzutreten und zur Selbsthilfe überzugehen. Die Gewerkschaften haben Kommissionen zur Beobachtung der Preise in den Verkaufsstätten gewählt. Auch wurde eine Liste angefertigt, die alle jene Geschäfte eingetragen werden, die roffinierte Wucherpreise verlangen. Die Liste wird jeweils veröffentlicht werden.“ So eine Habersiedlerei kann schon dauernde Wirkung haben, um den Wütern und Schädlingen des Handwerk zu verleihen.

Morgen. Am 8. August tagte hier eine Bezirkskonferenz, an der außer den Vertretern staatlicher Behörden auch der Bezirksleiter Mühlhausen, der die Nichtfeststellung des letzten Schiedsspruches durch den Demobilisierungskommissar näher erklärte. Der Bezirk ist um so seltener einmal, daß es solle fünf Wochen gedauert hat, bis der Beschluß den Schiedsspruch abzulehnen, zustände kam, und zweitens über den Beschluß, die zur Ablehnung geführt haben. Es kam durch die Delegierten zum Ausdruck, daß die Kollegen nicht gewillt sind, stillschweigend hierüber hinwegzugehen. Im Einvernehmen mit dem Bezirksleiter wurde beschlossen, als Ausgleich für den durch den Steuerabzug, die erhöhte Rentenlasten- und Invalidenlosenbeiträge entstehenden Lohnausfall eine neue Lohnforderung einzutreten; gleichzeitig wird die Erledigung der Garantie des Mindestlohnes und der endliche Abschluß des Kürzelatthes geserdiert. Ein Delegierter machte die Bemerkung, daß der Vorsitzende der Arbeitgebergruppe bereits angekündigt habe, daß bei ihm bereits acht Anträge eingegangen seien, in denen verlangt werde, daß die bis jetzt gezahlten 10 Prozent Zulage nunmehr nicht mehr gezahlt werden sollten. — Die Kollegen werden heraus wohl sehen, wohin es gehen soll; nicht Zulage, sondern Abzug steht in Aussicht, und da ist es Pflicht der Kollegen, auf dem Posten zu sein. Ein längere Debattie eröffnete sich über den vorliegenden Entwurf über Tarifämter. Der Bezirksleiter sowohl als auch die Zentrale hatten einen Gegenentwurf ausgearbeitet, der besprochen wurde. Die im lehrlingsamtlichen Entwurf den Amtmännern zugedachte „endgültige Entscheidung“ wurde abgelehnt, und ein anderer Zusatz geschaffen. Ferner wurde beschlossen, unter allen Umständen an dem Richtstundentag festzuhalten. Nach Erledigung verschiedener Fragen, die die einzelnen Betriebe gingen, wurde die Versammlung geschlossen.

Königsberg. Eine reichhaltige Tagesordnung beschäftigte uns Mitgliederversammlung am 2. August. Vor allem nahm der Bericht über die Sitzungen des Schlichtungsausschusses und des Tarifsenats Interesse der Kollegen in Anspruch. Wie überall, so versuchten hier die Unternehmer, nicht ganz klar gesetzte Punkte des Tariffs unklarlich zu ihren Gunst auszulegen, oder direkt zu umgehen. Nach dem Tarif gäbts noch 1 Jahr 2 Tage Ferien, noch 2 Jahren 3 Tage usw. nun wollte speziell die Firma A. Peltz das erste Beihilfungsjahr als Kartenjahr wissen und sollten die Ferien erst nach dem vollendeten zweiten Jahr in Freize kommen. Es mußten erst alle gesetzlichen Maßnahmen in Anwendung gebracht werden, um die Einhaltung des Tariffs zu erzwingen. Nach einiger Zeit zeigte aber die Firma A. Peltz eine Arbeitserfreundlichkeit nach dem Motto: Wie du mir, so ich dir! und entließ 16 Kollegen wegen angeblichem Arbeitsvertrags. Die Geschäftsinhaber lassen Denkmäler waggonweise außerhalb ansetzten und hiesigen Kollegen sind ohne Arbeit. Wenn man sich vom Steinmetz zum Steinhändler durchmusetzt, kann man keine Leute beschäftigen; der Handel bringt anschließend nicht ein. Aber wir nehmen Komps auf, die Firma Peltz wird auch wieder die Kollegen brauchen. Die treibende Kraft dieser schändlichen Behandlung der Kollegen ist der Geschäftsführer und Herr Peltz jun. zu sein. Man schafft künstliche Arbeitslosigkeit, weil man nicht nötig hat, arbeiten zu lassen. So ja die großen Konkurrenzunternehmen eingehemmt sind. Trotz der stark erweiterten Landwirtschaft haben wir hier eine unerträgliche Teuerung. Allen reisenden Kollegen können wir nur raten, melden Königsberg.

**Görlitz b. Strehlen.** Ein bedauerlicher Brand eines großen beiterwohnhauses ereignete sich am 31. Juli im hiesigen Bruchbetrieb der Firma Völker u. Nikoldaer. Das Feuer ist entstanden durch Selbstzündung von Stroh und Heu, was von unseren Kollegen auf die Wege unterrichtet wurde. Durch Märschungen und heftige

Boden untergebracht wurde. Durch Warnungen und vorbereitende Übung ist auf Grund von Erfahrungen auf das Gefährliche die Vorsicht stets hingewiesen worden, beachtet scheint es nicht zu und dadurch nun ein großer Teil von Kollegen geschädigt. Ein solcher Brand ist in heutiger Zeit der Wohnungsmisere, der ungeheuren Kosten, ferner des fast unerstehlichen Verlustes von Haushaltungsgegenständen besonders hart und es müssen deshalb alle Kreise darum wirken, daß Stroh und Heu in keinem Fall auf den Boden der Wohnungen gelagert wird. Durch den Vorfall ist das Dach des großen Arbeiterswohnhauses niedergebrannt. Unser Kollege Robert Voigt ist dadurch besonders schwer getroffen, sein Haus ist ganz niedergebrannt, alles Hab und Gut ist dahin und mit fünf Kindern steht nackt und bloß. Sollten die Zahlstellen im 2. Bau hier etwas wollen, dann diene zur Reratnis, daß unter Kassierer Karl Schreiber Strehlen, Weidenstraße 11 B wohnt. — Zum Glück ist das Feuer

**Lübeck.** Die hiesigen Unternehmer rezipieren sich, die Nachzahlung von 60 Pf. pro Stunde vom 1. April bis 17. Juni zu bezahlen. Eindeutig ist am 1. April ein Tarif abgeschlossen worden, der 10 höher ist als der am Ort geltende Lohn der Maurer. Maßgebend soll der Lohn sein, der durch Reichsstatistisverhandlungen im Bauwesen am 28. Mai abgeschlossen wurde, rückwirkend ab 1. April. Wir erhielten am 1. März ein Protokollum von 5 MR.; am 17. Juni erhielten

Walter in Süßig einen Stundenlohn von 5.50 M. Auch hat die Firma Brühn in letzter Zeit oft Mann entlassen, darunter Seute, die schon Jahre im Betrieb tätig sind, hat ferner einigen Kollegen den Dienst nicht gewährt, der ihnen laut Tariif zusteht. Die Verbandsmitglieder mögen obige Firma besonders beachten. Die Sache ist vor dem Gewerbege richt in Süßig auftauchig gemacht.

## Rundschau.

Ein gemeinsamer Aufruf für die unabdingbare Neutralität in dem politisch-wirtschaftlichen Kriege ist vom Allgemeinen Deutschen Gewerbebund, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei und der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) in der Tagesspreche veröffentlicht worden. Die deutsche Arbeiterschaft wird darin angefordert, den Transport jeglichen Kriegsmaterials die Hölle zu verjagen. Es stellt sich ungefähr mit dem, was wir in letzter Nummer darüber geschrieben.

Der Bericht gegen Hoch-Ungarn, der von der gewerkschaftlichen Internationale ausgesprochen wurde, ist von den beiden Körperschaften jetzt als entgegengesetztes erklart. Was zu dieser auffallenden Maßnahme Veranlassung gegeben ist, aus der Tagesspreche nicht recht erschließbar. Wir müssen annehmen, daß die Hoch-Ungarn-Wirkung nicht den Erwartungen entsprochen hat und leider den ungarnischen Gewaltherren auf diese Weise nicht besänftigt wurden. Nach andern Meldungen sollen Querstreikereien der österreichischen Gewerkschaften die fürstlich in Holland ausgebrochen waren, die Auswirkung betrachtet haben. Bei solchen Spannungsverhältnissen muß auf alle Fälle vorher die Möglichkeit der Wirkung erprobt werden, ob es nicht durchzusetzen ist, wie geplant, dann lieber die Finger davon.

Ein großer Erfolg des Zentralverbundes der Bäder und Kasinos ist eine Verordnung für den Umlauf des preußischen Staates, die verfügt, daß in Betrieben und Anstalten, in denen Badmatten gewerblich hergestellt werden, nur je ein Bettzeug eingestellt und benötigt werden darf, wo jetzt mehrere Schläinge gehalten werden, dürfen Herstellungen erst dann erfolgen, wenn die vorhandenen einfach ausgeräumt haben. Berichte mit mehreren Zweigstellen gelten nach der Verordnung als ein Betrieb. Zu dieser Verordnung ist eine Sondererklärung des Ministers für Handel und Gewerbe an die Börsen ergangen, die mit vorzüglicher Klarheit etwaige Umgehungen des Verordnung durch Betriebsverbände verhindern will. Zu wünschen wäre nur, daß die Verordnung auch auf die übrigen deutlichen Vollstaaten ausgedehnt wird. Wenn irgendwo die Leidenszähler in unkontrollierbarer Weise gerieben wird, dann führt vor den Herren vom Reichstag, vielleicht in die Verordnung der Anfang einer Ausnahmeschaffung, die von einzelnen Gewerkschaften schon recht lange erwartet wird.

Keine Verabschiebung der gewerkschaftlichen Unterstützung. In den Territorialarbeiterverband trug auf eine Befragung folgende Zeichnung vom Reichsarbeitsminister Dr. Brause:

Die Reisereiterung bei britischen Unternehmungen, die die Gewerkschaften im Falle der Arbeitslosigkeit an ihre Mitglieder zahlen, kann nicht mehr auf die Erwerbsförderung angewiesen. Ich habe die Reisereiterung der Länder gebeten, die Gemeinden mit entsprechender Rücksicht zu berücksichtigen, falls bei den Ländern keine Bedenken gegen die Durchführung dieses Beschlusses bestehen. Ich befürchte, daß das tägliche Vorrecht an der Verordnung über Erwerbsförderung eine erhebliche Belastung erzeugen wird.

Dann ist eine Umlagerung abgesagt, gegen die alle Gewerkschaften sich energisch gewehrt haben. Dass die gewerkschaftlichen Unterstützungsverträge sind nicht dazu vorbereitet, um dem Staat seine Spesen abzunehmen, oder zu erleichtern auf Kosten der Mitglieder selbst.

Auftrag! Anspruchsbeschaffung — Kriegserhaltungsfeste der Volksfürsorge. Nachdem der Termin zur Eröffnung der erforderlichen Feste am 17. Juni 1920 abgesagt wurde, können nunmehr die Ausführungen aus dem Kriegsamtsteckbunds beginnen. Es stehen aus diesem Jahre 561 950 M. zur Verfügung. 6162 Eiterfälle sind genehmigt worden, in die insgesamt 10 774 Anteilemeine gelöst wurden. Die Kartei auf jeden Anteilchein entfallen und zur Auszahlung gelegende Summe beträgt — auf jede Mark noch oben abgerundet — 43 Mark. Wir rufen daher an alle Mitglieder, die ihre Ansprüche unter Vorlage des Papieres rechtzeitig der Volksfürsorge gemeldet haben, die Aufforderung, dass in ihrem Bezirk befindliche Untereinheiten an das Hauptamt der Volksfürsorge, Hamburg 5, beim Strohsack 38, L. erreichend und diejenige genaue Adresse auf dem Anteilchein selbst anzugeben. Da diese Adressen wird die Volksfürsorge von Hamburg aus direkt die Befüllung zur Abhandlung bringen. Der Interesse einer speziellen Ausschaltung der Angelegenheit ist es erwünscht, daß diesem Auftrag Befolgung entsprechen wird.

Gewerkschaftliches. Im Verband der Aufsichtsräte hat eine Urkundung über die Verbindung mit dem Metallarbeiterverband stattgefunden, nach dem vorliegenden Ergebnis, woran noch 14 Ämterleihen haben 1050 für und 3486 Mitglieder dagegen gestimmt. 31 Stimmen waren ungültig. Mit über 75 Mehrheit der Abstimmenden in demselben Gottesdienst, daß der Verband der Kupferarbeiter als Aufsichtsräte bestehen bleibt.

Reichsverein der Arbeitsaufsichten in Essen. Der Zentralverband der Arbeitsaufsichten und andere Einheitsordenorganisationen hatten zu einer Reichskonferenz vom 24. bis 26. Juli in Essen eingeladen, an der über 100 Delegierte aus der ganzen Reihe teilnahmen. Nach Bekannter des Verbandsvorsitzenden Lüneburg (Frankfurt a. M.), der Landesvorsitzenden Bober (Elberfeld), Heimatrat (Duisburg) und Encke (Berlin) wurde die Arbeitserpanktion unter dem Namen „Zentralverein der Arbeiter und Bürger Deutschland“ gegründet. Der Zentralverein wird die nicht kriegsbedingten Industriellen Deutschlands und deren Unterbezirke umfassen und sieht zur Zeit rund 60 000 Mitglieder. Die Amtshandlungen des neuen Vereins werden zeitig; mit einem Kreislauf soll die wirkliche Sicherstellung der Industrie und Wirtschaft angestrebt werden. Die heutige Armutspolizei wird ausgetilgt der arbeitsunfähigen. Ist, in der sich all diese Kreise befinden, als völlig unzureichend und dazu streitend und bedeckend für die Fürsorgebehörden ergeben. Soziale Hilfseinrichtungen in ähnlichen Kreisen wie die der Arbeitsaufsichten verhindern auch die Arbeitsaufsichten und deren Unterbezirke gefordert, dass sie durch der Sozialversicherung. Gegen den Ausschluß der Arbeitsaufsichten und Unterbezirke aus der Erwerbsförderung auf Grund des § 60 zweite Absatz ihrer Art ist der Reichsvereinigung, mehr bedenkt, daß viele Kreise, vorwiegend die deutscher Reichsvereinigung, soziale Amtshandlungen und Einrichtungen für die Wirtschaft und die Not der Arbeitslosen haben.

Die Arbeitsergebnisse mit gleichen Fällen wurden Lüneburg (Kreisamt a. M.) und Berlin (Gesamtamt) vorgelegt.

Es zu erzielenden Unterschiede nach Berlin wurde Frankfurt a. M. als Vorbild bestimmt und sind also Vorfahren und Anwendung an den Arbeitsergebnissen Jörg, Lüneburg, Frankfurt a. M., Düsseldorf, 23. Januar 1920, zu richten.

Bei der Kontrolle in seine Tätigkeit steht, rügen aus die Berufsschulen über die schlechte Eigenerzeugung der amerikanischen Großfabriken. So hat z. B. die Erwerbsförderung ihren vorzüglichsten Erfolg vor dem Deutschen verzeichnet und die Folge war, daß die Gewerkschaften zunächst von weniger Monaten mit dem Arbeitsergebnis beglichen, und jetzt zu einem Preis, der 30 bis 40 Prozent über dem Marktstück des Erwerbsförderung lag. Wenn z. B. 1.11 Dollar für Sachen, die kost 250 Pfster kosten, das Arbeitsergebnis kostet nun kein 2 Pfster, sondern 1.20 Pfster. Es ist natürlich, daß die betriebliche Unternehmensförderung vor lokalen Verbindungen stand und dringend zur Sicherung der Gewerkschaften, daß man 1920 auch in Deutschland zu einer solchen Gewerkschaftsförderung kommen wird, welche die Gewerkschaften die Gewerkschaften unterstützen, so der Reparationskasse in seine Tätigkeit gestellt. Es ist eine Arbeit, die sehr begreiflich ist.

Die preußische Frau ist im sozialen internationalen Leben zu einem wichtigen Faktor geworden. Nach den Wahlen waren von 1919 bis 1920 11 000 Frauen bestellt der gesamten. Durch den Krieg erhielten Gewerkschaften 17 Millionen. Derzeit ist Deutschland mit 11, Frankreich mit 32, Großbritannien mit 8 und England mit 4 % der Frauengewerkschaften bringt es mit 10, den anderen Gewerkschaften in den sozialen Beziehungen mehr als dreifach soviel.

Das heißt es jetzt unter dem ja, die preußische Frau für unsere Gedanken zu gewinnen.

Das überzeugende Produktariat. Durch die politischen Veränderungen sind die rund 14½ Millionen Berufstätige in der neuen Republik Österreich auf etwa 3½ Millionen zurückgegangen. Da die Einbuße ist, wie die statistische Monatschrift, Wien, berichtet, eben die Sozial- und Fortschrittszeitung am Grund des Charakters der verloren gegangenen Gebiete mit 7½ Millionen beteiligt. Darum sind jetzt beim auch die Berufstätigen in Industrien und Gewerbe darüber bestellt als vorher. Sehr gewohnt ist die relative Zukunft der Arbeiterschaft, der jetzt mehr als die Hälfte der Bevölkerung angehört.

Die Konsumgenossenschaften Seebach. In den vorjährigen Jahren wurde über Betreibungen berichtet, die Errichtung des herrlichen Architekten Westerland auf breitere Grundlagen zu stellen, um sie den kommenden Gefahren gegenüber zu schützen, und der Landtag beschloß, daß der Kommissar Westerland dabei hilfreich hand leisten wolle. Was der Verein vertragt, hat er gehalten. Mit allen Einrichtungen der Eigenproduktion verfehlte, er am 18. Juli sein Vereinshaus, das mit seinen Preisen für Versorgung Breite legen will in die rechtlichen Verpflichtungen. Es besteht kein Zweifel, daß es ihm gelingen wird, allmählich jene Gäste vom Festland an sich zu ziehen, die vielleicht schon lange nach einem Aufenthalt in einem der Gemeinde wiederkommen. Seebach hängen, denen es aber nicht möglich war, die wunderlich in die Höhe geschobenen Kosten für Versorgung einzubringen. Ungemein günstig gelegen, innen und außen schön und zweckmäßig ausgestattet, wird das Vereinshaus der Westerländer Konsumgenossenschaft die Städte sein können, von der eine Schaffung der Preisverhältnisse in Westerland ausgehen kann. Der Kommissar Westerland hat seine Worte und Kosten gesetzt, um alle Versuchungen für diesen Prozeß zu schaffen. Der Verein hat innerhalb einer Gemeinde von 4000 Einwohnern eine Mitgliedschaft von 900 Personen mit einem Umlauf von gegenwärtig 5 Millionen Mark. Er hat einen Eigenproduktionsbetrieb: eine Bäckerei, Frischwaren, Schneiderei, Fleischwarenherstellung und einen reich anständlichen Landwirtschaftlichen Betrieb mit der einzigen Mühle der Insel Epil. Dazu kommt jetzt das Vereinshaus als Versorgungsstätte für die Sommergäste vom Festlande. Der Konsumverein Westerland ist der einzige deutsche Konsumverein, der einen Geschäftsbetrieb von 1000 M. hat, den die Mitglieder willig gewähren, eingedem der ganz besonderen Pflichten, die für sich selbst als Mitglieder einer Konsumgenossenschaft in einem von der Natur engem begrenzten Seebach auferlegen.

## Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Der Vorstand bittet zu beachten, daß der Kollege Wilhelm Schneider aus Strehlen (Schlesien), zur Zeit in Königsberg (P.) nicht mit dem Schwander gleichen Namens (siehe Nr. 32 des „Steinarbeiter“) zu verwechseln ist.

Die Statistikbogen, die den Abrechnungsformularen für das II. Quartal beigelegt waren und die dem Vorstand sowie dem Gesamtverband einen genauen Überblick über die Zahl der bestehenden Betriebsräte und Betriebsobmänner in unserem Beruf ermöglichen soll, schien nach — 130 Zahlstellen. Es wird nochmals dringend erinnert, die Bogen auszufüllen einzufinden. In einer der nächsten Nummern erfolgt die Bekanntgabe der betreffenden Zahlstellen.

Die Zentrale der Betriebsräte des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der AfA haben 2 Hefte herausgegeben, die den Betriebsräten und Zahlstellen wertvolle Dienste leisten: Heft 1: Auf- und Rückländer des I. D. G. und der AfA, Arbeitsplan, Aufgaben, Normalisierung der örtlichen freiergewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale. Heft 2: Geschäftsführung, Geschäftsordnung und Arbeitsordnung der Betriebsräte.

Vom Heft 1 soll jede Zahlstelle, von Heft 2 jeder Betriebsrat ein Exemplar bekommen auf Bandesosten. Die Überweisung erfolgt über in den nächsten Wochen nur an jede Zahlstelle, die den Statistikbogen, der oben erwähnt ist, eingesandt haben.

Wegen Streiks in Essen werden die Steinarbeiter August Richter, Matthias Grüter und Deder vom Verband ausgeschlossen.

Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

Geplante. Bei mir liegt ein Beitragsmarke des Kollegen Knöfel, die von ihm bereit gestellt sind. Vielleicht genügt diese Notiz, da mir sein Aufenthaltsort nicht bekannt ist.

Königsberg, Werk 246, b. Bad Deggendorf.

Die Zahlstellen Pilgrimswestrich sowie die Angehörigen des verstorbenen Kollegen Högl und des frischen Kollegen Stöhr sprechen den Kollegen der Zahlstellen Geusen, Markt Leuthen, Niederlommatz, Hof, Wunsiedel, Bernsdorf, Selb und Gefrees für die Spende herzlichen Dank aus.

## Briefkästen.

D. Schatz. Der § 5 in dem Reichsarbeitersvertrag lautet: Die Arbeitzeit beträgt täglich 8 Stunden (§. Erhöhung der Reichsregierung vom 12. November 1918). Bei Betriebsförderung oder schlechter Witterung ist die Arbeitzeit entsprechend zu verlängern unter Einhaltung der 48-Stunden-Woche — §. B. Spermonde und Streitnachrichten werden nur dann wiederholt, wenn mindestens jede Woche der Schriftleitung mitgeteilt werden.

Hamburg St. Der Bericht hat bereits am 10. Juli in der Nr. 28 gefehlt. Schreibt demnach doch kein aufmerksamer Leser zu sein.

## Adressenänderungen.

Die Anzeigen sollen deutlich erfolgen. Sehr oft müssen wir die Namen Kreis erraten. Ist es dann falsch, kommen unvermeidliche Fehlstellungen und das Rätselrätseln beginnt von neuem.

### 1. Kreis.

Königsberg, Post: Wilhelm Thomas, Gerberstr. 29.

Berlin, Ortsangehöriger: Alfred Wenzel, Berlin SO. 16, Engelstr. 15.

### 2. Kreis.

Königsberg, Post: Richard Berga, Schulstr. 3.

Niederschlesien, Kreis: Leubnitz, Post: Alois Frey.

Wurzelberg (Neuhäuser). Bezirksleiter: Josef Böd, Post: Platz 118.

### 3. Kreis.

Soltau, Post: Franz Fischer, Konzertweg 1.

Königsberg, Post: Max Bahr, Lendersbach 50 b. Königsberg.

### 4. Kreis.

Wittenberg, Post: Heinrich Brügelhoff in Liebertruh.

(Bielefeld), Alendorfer Weg Nr. 156. Post: Wilhelm Strach i. Horst

a. D. Post: b. Steile, Alendorfer Str. Nr. 56.

### 5. Kreis.

Berghausen, Post: Josef Bloch, Rodensteinerstr. 8.

Leubnitz, Amt Wolfsburg i. Böhmen, Post: Karl Ulmann, Post:

August Kohl.

Schönberg, Post: J. Weiß, Post: Friedrich Bachmann,

Post: Friedl. Döbb.

### 6. Kreis.

Mettin b. Ziegendorf, Post: Michael Boggensee.

Schöna, Post: Johanna Werner.

### 7. Kreis.

Pretzschberg a. Leuba, Post: Hans Eichendorfer, Bützburger

Str. 25. Post: Peter Siegler, Untere Schmidgasse 124, II.

Pretzschberg a. Leuba, Post: Peter Ulrich, Post:

Böttcherhagen b. Böda, Post: Adam Ebert, Karl-Magnus-Str. 126.

### 8. Kreis.

Wittenberg, Post: Hermann Siebold, Bützburger

Str. 25. Post: Alois Staudinger beide in Leipzig.

Druckt in der „Drei-Pfennig-Presse“ Leipzig.

## Weltkrieg, Zeitung, Zeitungswesen.

Die Bevölkerungszeitung Nr. 3 des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ist soeben erschienen. Sie enthält unter anderem die Auflösung an ihre Leser.

Die „Bevölkerungszeitung“ stellt den die Bevölkerung betreffenden Zeitungen, für die Zeitung wird eindringlichst Werbung geleistet, d. h. ein Preis, der durchsetzt wird, kann die Zeitung bringen. Der Inhalt wird so eingespielt, dass zum Gewerbe und Gewerbeleben kann. Die Zeitung ist nicht durchsetzt, das ist das eigene Studium eines Gewerbelebens bei dem Kapitel „Betriebsöffentlichkeit“. Die vorhergehenden Jahre müssen wieder zum Stand genommen, ihr Inhalt verändert ins Gedächtnis geprägt werden. Es empfiehlt sich, bestens bewaffnet, die Kollegen aus den Gewerbelebenen und Gewerbelebenen zu helfen, bei der Durchsetzung des Slogans zu helfen, was nicht unmöglich verhindert ist, das zu erklären zu lassen. Zum Beispiel es zweckmäßig sein, in den Betriebslebenen die Zeitung als Betriebsmittel einzuführen und Neues und Neues zu bilden, um mit den Kollegen vereint das Studium zu betreiben. Wollen erlaubt man nur durch Arbeit, die dem einzigen ist nach seiner Begeisterung leichter oder schwerer will.

Wo ein ernstes Wollen ist, wo ein hoher Idealismus für das große und kleine Ziel der preußischen Ausbildungseinheit besteht, dort wird der Erfolg des Studiums nicht ausbleiben. Mag die Befreiung und Lösung als eine Spannung, die jeden Menschen, in dem sie frei wird, sich in ein Nichts auflost. Aber Befreiung allein bewirkt die Menschen vor dem Dämon, vor der Leidenschaft, denn nur Befreiung ist geeignet, der weiß, wie wenig er dennoch noch weiß im Verhältnis zu dem umgekehrten Reichtheit an Wissenschaft, den die Menschheit in Jahrtausenden in schwerster Kulturrarbeit gesammelt getragen hat.

Die Nummer 2 vom Juli ist jedenfalls durch ein Verbot aufzuheben. Gewerbe nicht übermittelt. Soweit irgendmöglich, wird die Nummer 2 den Zahlstellen nachgesandt.

Gemeindevertreter seien auf die soeben erschienene neue Nummer der Sozialpolitischen Gemeinde (II. S. P.) aufmerksam gemacht. Das ist ein Induktiv erwähnt wird: Die Steuerpolitik der II. S. P. D. Gemeindebetrieb unter privatrechtlicher Betriebsführung. Ziel: Arbeit, die sich mit der Ausbildung von Betriebsbeamten beschäftigt. Die Schaffensförderung. Eisenbahnschmieden. Kleine Unternehmen. Wirtschaftsjahresbericht 3 M. Preis der Einzelnummer 50 Pf. Bezahlungen bei allen Postanstalten und Postabholungen.

Von der neuen Zeit ist soeben das 20. Heft vom 2. Band des 38. Jahrgangs erschienen. Die Neue Zeit erinnert wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Postorte zum Preis von 13 M. das Wetterjahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Wetterjahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 1 M. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

„Arbeiterjugend und jugendliche Frage“, heißt eine von Hans Hader verfasste und soeben im „Freiheit“-Verlag erschienene Broschüre. Preis 2 M. Organisation erhalten Rabatt. Bestellungen richte man an die Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C. 2, Breite Str. 8/9.

## Bekanntmachungen-Anzeige.